

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 68 (1974)
Heft: 6

Artikel: Bevölkerungs-Explosion und Entwicklungspolitik
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142368>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

immer gegen das neue China geltend gemacht wird. Er neigt dazu, auch in unseren westlichen Begriffen von Freiheit und Individualität Konzepte zu sehen, die Bestandteile des herrschenden Sozialsystems sind, und vor allem auf bestimmte Auffassungen des 19. Jahrhunderts zurückzuführen sind, auf die Freiheit zum Beispiel, für die aufkommenden industriellen Unternehmer, zu tun oder zu lassen, was ihnen beliebte, ohne gesellschaftliche Kontrolle. In Jeremy Benthams Worten hieß das etwa: Jeder Sorge für sich selbst — irgendwie gedieh dabei, nach seiner Auffassung, auch die Gesellschaft am besten. Etwas weniger grob ausgedrückt, ist dies doch noch immer die oberste Devise im kapitalistischen Bereich. Felix Green fragt sich nun, ob die «Ich-zuerst»-Individualität die einzig mögliche Form von Freiheit ist. Mit allem persönlichen Streben, mit dem Ehrgeiz, der Furcht und Verteidigungseinstellung die damit verbunden sind, scheint ihm diese Freiheit eher eine Mauer, die ihn von seinen Mitmenschen trennt.

Eine ko-operative Gesellschaft entwickelt eine ganz andere Ethik, eine andere Idee von Freiheit, und dies gehört zum Wertvollsten, was Felix Green in China erlebt hat. Was er sucht, was wir, wie er sagt, alle ersehnen, ist eine Gesellschaft, die uns nicht von unsern Mitmenschen trennt, sondern eine Gesellschaft, in der wir uns nicht auf Kosten anderer vordrängen müssen.

In seinen eigenen Worten: «Ich habe selbst erlebt, wie die Talente und die Unternehmungslust der Chinesen einen mächtigen Aufschwung nahmen, dank dem Umstand, daß sie nicht gezwungen sind, gegeneinander zu konkurrieren, sich um Geld zu sorgen, oder sich gar mit dem Gedanken zu quälen, was wohl geschehe mit ihnen, wenn sie alt werden. Sie sind befreit von tausend Sorgen, die uns bedrücken — in unserer sogenannten freien Welt! Sie sind frei für einfache menschliche Begegnung ohne Furcht und ohne Abwehrhaltung, sie gehen alle auf in etwas größerem als sie selbst.» Red.

Bevölkerungs-Explosion und Entwicklungspolitik

1974 ist im Schoße der Vereinten Nationen zum «Jahr der Bevölkerung» (population year) erkoren worden. Über das Programm, das mit dieser Bezeichnung verbunden ist, dürften unter den Gliedstaaten der UNO große Meinungsverschiedenheiten herrschen. Man mag sich erinnern, daß die Ziele der **Stockholmer Konferenz für Umweltschutz** (1972) von der Dritten Welt als Versuch eingestuft wurden, dem materiellen und

kulturellen Aufstieg der unterentwickelten Länder Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Aus der Lage der zurückgebliebenen Völker gesehen, war es verständlich, daß sie die nachteiligen Folgen einer Industrialisierung als das kleinere Übel sahen, nachdem sie sich seit Generationen mit der Rolle von Rohstoff-Lieferanten hatten zufrieden geben müssen, einer Rolle, die sie im Vergleich mit derjenigen der Industrieländer weder materiell noch ansehensmäßig befriedigen konnte.

Die Diskussionen über eine optimale Bevölkerungspolitik für die Welt des ausgehenden 20. Jahrhunderts berühren ein Thema, das ebenso kontrovers sein wird, wie die Umweltfrage. Eine Konferenz, die letzten April in Oxford stattfand, befaßte sich unter dem Patronat der «Sunday Times» und dem UN-Ausschuß für Bevölkerungszunahme mit der Notlage von Städten, die infolge des Zustroms entwurzelter Landleute aus den Fugen zu gehen drohen (exploding cities). In diesem Zusammenhang kamen Probleme wie Verbrechenszunahme, Umfang der Zuwanderung aus Notgebieten, Elendsquartiere usw. zur Sprache. Während man erwarten muß, daß nach der bisherigen Entwicklung die Bevölkerungen westlicher Städte bis Ende des Jahrhunderts von 500 Millionen auf 1000 Millionen zunehmen, so werden sie in der Dritten Welt von 500 Millionen auf 2200 Millionen anwachsen. Wenn darum Lösungen für die Überbevölkerung mit ihren Slums, ihrer Verkehrsmisère und ihren Brutstätten von Seuchen und Verbrechen nicht bald gefunden werden, so ist nach dem Urteil der Fachleute mit chaotischem Zerfall dieser Bevölkerungszentren zu rechnen.

Die Konferenz von Oxford zeigte, wie erwartet, kaum einen Ausweg aus den kritischen Situationen, außer daß ohne zentrale Kontrolle und ohne Gemeinbesitz des Bodens keine radikalen Reformen möglich sind. **J. K. Galbraith**, der amerikanische Volkswirtschaftler betonte, «daß für keine andere Form von Besitz die Forderung von Verstaatlichung so zwingend ist. Vom Gemeinbesitz von Land mehr als von allem anderen hängt, nach Galbraith, die künftige Entwicklung der Städte ab.»

Zu den bevorstehenden Erörterungen über Bevölkerungspolitik in den Vereinten Nationen gibt **Pierre Pradervand** im «New Internationalist» (Mai 1974) eine ausgezeichnete Einführung. Wir entnehmen ihr einige Leitgedanken, die geeignet sind, bestehende Vorurteile und falsche Vorstellungen zu zerstreuen.

Den meisten unserer Leser dürfte der Name «Malthus» bekannt sein. Er war der englische Pfarrer, der 1789 den berühmten und berühmten «Essay on the Principle of Population» veröffentlichte. Nach Malthus würde die Nahrungsmittel-Erzeugung niemals mit der Bevölkerungszunahme Schritt halten können. Hunger, Katastrophen und bittere Armut wären die sichere Folge einer übermäßigen Bevölkerungszunahme. Gottes Wille sei, daß die Armen ihren Geschlechts-

trieb beherrschen und weniger Kinder erzeugen. Die Armen der europäischen Länder, an die Malthus in erster Linie dachte, haben seine düsteren Prophezeiungen, dank dem Kampf der Gewerkschaften um bessere Löhne und allgemeiner Hebung der Lebenshaltung, nicht erfüllen müssen. Doch die heutigen Malthus-Anhänger verlegen ihren Feldzug heute in die Dritte Welt nach Indien, China, Afrika und Lateinamerika, deren Bevölkerungen infolge des Rückgangs speziell der Kindersterblichkeit heute riesig zunehmen. So konnte ein Dr. A. Robinson in der Vorrede zu einem Buch «Unbeschränkte Zeugung oder Fruchtbarkeit gegen Zivilisation» (Uncontrolled Procreation or Fertility against Civilization) schon 1917 erklären: «Wir müssen Geburtenbeschränkung in unseren Ländern, den Ländern, die wir als zivilisiert bezeichnen, fordern. Noch wichtiger ist es jedoch, daß wir Geburtenkontrolle in den zurückgebliebenen Ländern propagieren. Es ist an uns, mit gleichgesinnten Menschen in jenen Gebieten in Verbindung zu treten und sie zu ermahnen, Apostel der Geburtenregelung zu werden. Und wenn wir keine eingeborenen Apostel finden, werden wir unsere eigenen schicken müssen.» Dies ist denn auch, was geschah. Geburtenkontrolle in der ganzen Welt ging auf den Einfluß und das Eingreifen westlicher Propagandisten zurück.

Als die Kindersterblichkeit in der Welt der Armen zurückging und ihre Lebenserwartung allgemein stieg, begann der reiche Westen für seine **Vorzugsstellung zu fürchten**. «Die unruhigen Massen» der Bevölkerungs-Explosion könnten gefährlich werden, besonders wenn sie hungerten oder keine Arbeit hätten. Sie würden am Ende zu «Kommunisten», dachte man, mindestens aber den Industrieländern den Zugang zu billigen Rohstoffen versperren, was nichts anderes als das Ende des westlichen Reichtums bedeuten müßte». Das Nächstliegende, und, wie es schien, der Weg des geringsten Widerstandes, bestand darin, die Massen der Armen zahlenmäßig zu reduzieren. Nicht Mißernten oder Dürre, weder schlechte Regierungen noch die Nachwirkungen des Kolonialzustandes kamen als Grund der Armut in Betracht, auch der Verhinderung der Landreform oder den ungenügenden Preisen für die Rohstoffe gab man nicht schuld — verantwortlich für die Armut war ausschließlich die laxen Moral der Armen, sie ließen sich gehen und hatten zu viele Kinder.

In den sechziger Jahren schlugen diese Ideen mächtig ein. Fonds für gemeinnützige und andere Zwecke pumpen Millionen Dollars in die Erforschung des Problems eines übermäßigen Wachstums der Völker der Dritten Welt und die Ausbildung von Spezialisten zu seiner Bekämpfung. Die USA-Regierung, wie andere reiche Nationen, verbanden Entwicklungshilfe mit der Verpflichtung zur Geburtenkontrolle und die Massenmedien nahmen das Thema zur allgemeinen Verbrei-

tung auf: die Afrikaner, Asiaten und Lateinamerikaner waren arm, einfach weil sie zu viele Kinder hatten und dank dem Übergewicht der USA an wissenschaftlicher Forschung und der Möglichkeit, deren Resultate fast augenblicklich über die ganze Welt zu verbreiten, ist es nicht erstaunlich, daß Ende der sechziger Jahre Überbevölkerung ganz allgemein als das größte Hindernis für Entwicklung im Weltmaßstab zu gelten hatte. Der viel gerühmte **Pearson Report**, der 1969 erschien, wie der Präsident der Weltbank, **Mac Namara**, machten sich zum Sprachrohr dieser Idee. Der letztere erklärte, das größte Hindernis für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der unterentwickelten Völker sei die sprunghafte Vermehrung ihrer Bevölkerung.

Die Lösung schien einfach genug: Geburtenkontrolle mit Hilfe der Anti-Baby-Pille wie durch andere empfängnisverhütende Mittel. 1964 behauptete ein führender Familienplaner, das Pessar werde der Weltgeschichte eine Wendung geben. Wissenschaftliche Übersichtstabellen schienen zu beweisen, daß die meisten Frauen in den armen Ländern nur darauf warteten, ihre Kinderzahl zu beschränken. **Westliche Fachleute**, die von armen Ländern oft nichts kannten außer den Luxusvillen der Reichen, produzierten umfangreiche Programme für die Herstellung billiger Verhütungsmittel. Die ersten Resultate waren enttäuschend; also schickte man mehr Experten, wirksamere Methoden. Dennoch blieb die Kampagne im ganzen ein **Fehlschlag**. Selbst in Ausnahmegebieten wie Taiwan, Südkorea oder Malaysia, wo Familienplanung funktionierte, gaben die meisten Sachverständigen zu, daß der Erfolg kaum auf das offizielle Geburtenkontroll-Programm, sondern auf andere Faktoren zurückzuführen war. Und in Ländern wie Indien und Pakistan zum Beispiel, um nur zwei zu nennen, wo die Programme versagt haben, ist endlich an den Tag getreten, daß **Armut das Hauptproblem** ist, das in Angriff genommen werden muß.

Man kann sogar sagen, wie Pierre Praderwand ausführt, daß das Bevölkerungsproblem, die «Bevölkerungs-Explosion», wie sie im Westen in einer isolierten, einseitigen Art betrachtet und behandelt wurde, **die größte Irreführung** auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik darstellt und die Welt wertvolle Jahre gekostet hat, die auf das **Hauptproblem** hätten konzentriert werden können. Wenn zum Beispiel Indien vor zwanzig Jahren massive strukturelle Umstellungen, vor allem eine wirkliche **Landreform** vorgenommen, wenn seine Regierung Hilfsquellen und öffentliche Dienste der Bevölkerung gerechter zur Verfügung gestellt hätte, statt Frauen mit kleinen Geschenken zur Anwendung gewisser Geburtenkontroll-Methoden zu verlocken, müßte man heute nicht zugeben, auf Grund offizieller Erhebungen (Dandekar «Study on Poverty») über die materielle Situation, daß in Indien heute **Millionen schlechter daran sind als vor fünfzehn Jahren**. Das Übervölkerungs-

problem Indiens ist nicht einem leichtsinnigen sexuellen Sichgehenlassen der indischen Bauern und Arbeiter zuzuschreiben, wohl aber einer Verbindung nationaler und westlicher **Vested Interests** zuzuschreiben, die bis jetzt jede **radikale strukturelle Veränderung verhindert haben**.

Um westliche, auf Malthus fußende Analysen und Methoden völlig ad absurdum zu führen, gibt es das — in den «Neuen Wegen» schon oft erwähnte Beispiel: China. «China, sagten die Neo-Malthusianer 1960» (z. B. W. Vogt in «People Challenge to Survival»), kann unmöglich mehr Leute ernähren. Die größte Tragödie für dieses Land wäre ein Sinken der Sterblichkeitsrate. . . . Wir haben Wang am Weg verhungern sehen — und Millionen werden so sterben. Sie alle, Männer und Frauen, Burschen und Mädchen müssen verhungern als Opfer vor dem Altar unbeschränkter Vermehrung.»

Und doch ernährt China heute 100 Millionen seiner Volksangehörigen mehr und ernährt sie **gut**. Wie war das möglich? China hatte Erfolg, weil es zu allererst eine grundlegende Landreform durchführte, die einer Hebung der Lebenshaltung im Gefolge hatte, Arbeitslosigkeit abschaffte und ein auffallendes Sinken der Sterblichkeitsrate bewirkte. Weitere Faktoren, die China zum Erfolg führten, waren die ständig fortschreitende **Befreiung der Frau** aus ihrem früheren Sklavendasein, eine ausgezeichnet wirkende, die Volksgesundheit sichernde Infrastruktur (Spitäler, präventive Maßnahmen gegen Krankheit) soziale Sicherheit und nicht zuletzt, allgemeine, nicht nur auf dem Papier stehende Schulpflicht. Durch all diese Maßnahmen hat China seine Geburtenrate weit gründlicher als jedes andere Land der Dritten Welt gesenkt.

Eine Frage, die sich darum alle Entwicklungsländer stellen werden, lautet: Was ist wichtiger, eine Verminderung der Bevölkerungszahl durch empfängnisverhütende Methoden oder wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt, der kleinere Familien zur Folge hat? China stößt in beiden Richtungen gleichzeitig vor. Chinas Geburtenplanung ist Teil einer gründlichen und umfassenden sozialistischen Verwandlung der Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft. Das Ziel ist nicht Null-Wachstum der Bevölkerung als Selbstzweck, sondern eine klassenlose Gesellschaft mit höherem Lebensstandard für alle.

Die Kleinfamilie mit zwei, auf dem Lande mit drei Kindern (als Konzession an die Tradition), gleich welchen Geschlechts, wird in China auf verschiedenen Wegen erreicht. Einmal wirkt sich die Empfehlung der Partei an die jungen Leute, spät zu heiraten, sehr günstig aus. Das Heiratsalter der Männer wie der Frauen ist in China durchwegs höher als im Westen und wird den Heiratskandidaten wegen größeren gesundheitlichen Chancen, besseren Möglichkeiten der Ausbildung empfohlen. Auch wird zwischen dem ersten und dem zweiten Kind eine Zeitspanne von fünf Jahren angeraten. Diese Maßnahmen, ohne eigentlichen Zwang

durchgeführt, werden begünstigt durch die geistige Einstellung der Chinesen von heute. Der junge Mensch in China wird übrigens durch die verschiedensten Interessen und Aufgaben außerordentlich in Anspruch genommen. Zudem ist die Atmosphäre des täglichen Lebens weit weniger auf Sex eingestellt als im Westen, so daß eine späte Heirat kaum als Opfer empfunden wird. Weitere Maßnahmen, die in China ermöglichen, die Geburtenzahl niedrig zu halten, sind straflose und unentgeltliche Schwangerschaftsunterbrechung, die die Mutter nicht gefährdet, weiter Sterilisation und die Anti-Baby-Pille, die in verschiedenen Ausführungen im Lande fabriziert, gratis abgegeben wird. Als interessantes Detail mag hier erwähnt werden, daß Japan, ein Land, das nach dem Zweiten Weltkrieg seine Geburtenzahl auf die Hälfte senkte, zwar Pillen in rauen Mengen für den **Export** fabriziert, jedoch auf Betreiben der japanischen Ärzteschaft nicht an die japanische Bevölkerung abgibt. Es würde uns nicht erstaunen, wenn auch die Chinesen, ihrer vorsorglichen Einstellung entsprechend, aus Bedenken gegen deren gefährliche **Spätfolgen**, mit der Zeit auf den Gebrauch der Pille verzichten sollten. Auf jeden Fall sind sie nicht an dem Milliardengeschäft der pharmazeutischen Industrien des Westens beteiligt.

Wir erwähnten eingangs, wie der Zustrom landloser Massen in die Umgebung der Großstädte zu chaotischem Zerfall, vielleicht noch vor Ende dieses Jahrhunderts, zu führen droht. Es gibt verschiedene Methoden, dieser Gefahr zu begegnen. **Südafrika** zum Beispiel hält sich die landlosen Schwarzen durch drakonische **Paßgesetze** vom Leibe, die jedes Jahr in Hunderttausenden von Fällen zu Gefängnisstrafen führen und die nicht-weiße Mehrheit zu einem menschenunwürdigen Dasein verurteilen. **Brasilien** läßt die Zugewanderten in den Favellas seiner Großstädte verkommen. In **Indien** vegetieren oder sterben, wie wir selbst vor über zehn Jahren feststellten, ungezählte Tausende auf den Straßen der Städte, sogar die heiligen Kühe sind besser dran als sie. Das Heer der indischen **Arbeitslosen** — es sind heute deren 12 bis 15 Millionen, in der Mehrzahl landlose Bauern, wird vorläufig noch durch Polizei und Militär im Zaum gehalten, doch ist das Chaos u. E. schon in greifbare Nähe gerückt.

In hoffnungsloser Lage waren die **landlosen Bauern auch im China der Nachkriegszeit** (1919-49). Nicht allein die fremden Ausbeuter westlicher Nationen, Amerikaner, Engländer, Franzosen hatten nur grenzenlose Verachtung für diese Kulis, die Kuomintang unter Tschiang Kai-shek bewies ebensolche Geringschätzung für das chinesische Landarbeiterproletariat und die armen Bauern. Erst Mao Tse-tung, der in einer bäuerlichen Welt aufgewachsen war, erkannte ihren Wert und setzte unbegrenztes Zutrauen in sie. Er war es, der diese armen Bauern zur tragenden Schicht der chinesischen Revolution machte. Auch die

chinesischen Großstädte kannten einen ungeheuren Zustrom von wurzellosen Massen, die einen Nährboden von Seuchen und Verbrechen bildeten. Der Einstellung Mao Tse-tungs entsprechend ging die kommunistische Partei, als sie 1949 an die Macht kam, dazu über, durch eine radikale Bodenreform die Landwirtschaft zu modernisieren. In einer Folge von organisatorischen Stufen ging **der gesamte Boden Chinas**, etwa 9 Millionen Quadratkilometer, in **Staatseigentum** über, wobei den territorialen Einheiten, den Kommunen, eine seit 1960 bis heute immer wachsende Ausbau-Initiative gewährt wird. Grundlegend war, daß Mao damit den Bauern die Möglichkeit gab, ihre Lage in Zusammenarbeit mit anderen Wirtschaftsgruppen zu verbessern. Dies war auch der Anfang des bis heute konsequent verfolgten Prinzips eines kulturellen Ausgleichs zwischen **Stadt und Land**. Nicht bloß theoretisch ausgedacht, sondern durch praktische Erprobung soll diese neue Erziehung dazu beitragen, den Unterschied zwischen Arbeiter und Bauer, zwischen Stadt und Land zu verringern (aus **Heinrich Schweizer: Sozialistische Agrartheorie und Praxis**. Herbert Lang Verlag, Bern und Frankfurt). Kurz zusammen gefaßt sieht die Neuerung so aus: die Schüler aller Stufen, von der Volksschule zur Universität, nehmen neben Schularbeit und Studium **auch an der praktischen Arbeit** in der Landwirtschaft oder im industriellen Betrieb der Kommune teil. Als wichtigstes unter den Erziehungs-Experimenten seien die **landwirtschaftlichen Mittelschulen** erwähnt. 1960 bestanden 30 000 davon mit 3 Millionen Schülern. Den meisten dieser Schulen ist ein Landwirtschaftsbetrieb angegliedert, der ermöglicht, daß die Schule sich weitgehend selbst erhält. Dasselbe Erziehungsprinzip wird auch in den Industrie- und Verwaltungsbetrieben angewandt. Grundsätzlich sollen alle Büroangestellten und Funktionäre periodisch an der praktischen Arbeit teilnehmen, wobei der Aufwand für diese Arbeiten stark variiert.

Bekanntlich existiert in **manchen Entwicklungsländern** ein intellektuelles Proletariat, das keine Arbeit, das heißt keine seinem Status entsprechende oder «standesgemäße» Tätigkeit findet. Bestimmt könnten sie auf dem Lande, in einem «community development programme» eingesetzt werden, wenn sie nur wollten. Allgemein war es so, daß die Kolonialregierungen — aber auch die vorrevolutionären Provinzregierungen Chinas —, die oft unter fremdem Einfluß standen, durch Heranziehung einer ausgebildeten **Elite** und gleichzeitige **Vernachlässigung** der Erziehung des breiten Volkes dazu beitrugen, die Schranke zwischen einer isolierten oberen Klasse und der Masse der Bevölkerung, nicht nur zu erhalten, sondern unüberwindbar zu machen. Diese **Elitebildung** soll nach dem Wunsch der heutigen chinesischen Regierung vermieden werden. Mao tritt dafür ein, daß die Intellektuellen **unter die Massen gehen, in die Betriebe sowie aufs Land**.

Könnte und sollte ein ähnliches, der jeweiligen Lage angepaßtes Erziehungssystem — diese Verbindung von geistiger und körperlicher Arbeit auch in andern Entwicklungsländern aufgebaut werden? — fragt auch der Autor des oben erwähnten Buches, Heinrich Schweizer. Wer würde nicht zustimmen? Auf diesem Wege könnte man endlich dem Übervölkerungsproblem den Boden entziehen. Auch hier sind die Erfahrungen, die man in China machte, am eindrucklichsten. Erst als die Bauern hoffen durften, die Kinder, die ihnen geboren wurden, auch aufwachsen zu sehen, statt sie durch Seuchen, Hunger oder Kriegerereignisse zu verlieren, konnte man sie dazu bringen, sich mit zwei oder drei Nachkommen zufrieden zu geben. Um ihr Vertrauen zu gewinnen, bedurfte es aber jahrelanger Arbeit und augenfälliger Beweise, daß für die Bauern in China auch eine neue Zeit angebrochen war. Es würde sich auch bestätigen, was Pierre Pradervand als Warnung für die Weltbevölkerungs-Konferenz vom August dieses Jahres aufstellte: Der Entscheid, die Geburtenrate eines Volkes herabzusetzen, kann nur durch die Angehörigen dieses Volkes zur Behebung eines Notstandes getroffen werden. Außenstehende können sich da kaum einmischen. Eine weitere Erfahrung zeigt, daß ein Bevölkerungs-Programm ein Entwicklungsprogramm sein muß, denn wie Pi-Chao Chen in seinem Bericht über das erfolgreiche chinesische Familienplanungs-Programm es ausdrückt: Das Bevölkerungswachstum nimmt drastisch ab, erst wenn der Großteil der Leute die gute Wirkung der Entwicklung spürt. Red.

Edgar Snow, der Vermittler

Edgar Snow starb am 15. Februar 1972 in Eysins, Waadt, seinem schweizerischen Ruheort, nach langen und entbehrungsreichen Forschungsreisen und Aufenthalten im Fernen Osten. Ein eingehender Bericht über seine Beziehungen zu China von seiner Frau, **Mrs. Lois Snow**, für «**Eastern Horizon**» verfaßt (Vol. XIII, No. 1), ist seinem Andenken gewidmet. Wir entnehmen ihrer Darstellung einige Zitate, die von Edgar Snow stammen.

Edgar Snow war einer der großen Journalisten unseres Zeitalters. Damit soll gesagt sein, daß ihm an sensationellen Berichten um der Sensation willen, an einträglichen «Coups» nie gelegen war, wohl aber an bedeutsamen Kenntnissen von Land und Leuten oder an der Feststellung von Tatbeständen über Personen und Ereignisse, besonders wenn es galt, die Wahrheit aus einem Knäuel von Falschmeldungen und Verzerrungen, die die wirklichen Motive für eine bestimmte Verhaltensweise verhüllen sollten, herauszubekommen.